

Helmut Creutz: Zeitspiegel

Frankfurter Allgemeine Zeitung/FAZ
Wirtschaftsredaktion
6000 Frankfurt

Betr.: v.-Bethmann-Briefe vom 08.11 und 13.12.1985, sowie Zuschriften vom 14.01.1986

Sehr geehrte Damen und Herren,

sowohl in den v.-Bethmann-Briefen wie den veröffentlichten Zuschriften dazu bedaure ich den Mangel an konkreten Angaben zu dem angesprochenen Problemkomplex.

Da ich mich seit einigen Jahren speziell mit dem Vermögens- und Verschuldungsentwicklungen befasse, erlaube ich mir, Ihnen eine weitere Stellungnahme zuzuschicken, in der zumindest die bundesdeutsche Situation konkret dargelegt ist.

Ich meine, daß eine solche Fakteninformation den Lesern Ihrer Zeitung nicht nur ein sachlicheres Bild der Gegebenheiten vermitteln kann, sondern sie auch eher zu einem Urteil befähigt.

Aus diesem Grunde und um der Wichtigkeit der Vorgänge willen wäre ich Ihnen für eine Veröffentlichung dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

P.S.: Alle von mir angefügten Ausgangszahlen sind Veröffentlichungen der Bundesbank bzw. des Statistischen Bundesamtes entnommen.

Als detaillierte Hintergrundinformation lege ich Ihnen noch zwei Untersuchungen über die Zinsbelastung bzw. die Vermögenssituation in der Bundesrepublik bei, von denen die zweite in Kürze in der Reihe »Loccumer Protokolle« erscheinen wird.

Außerdem auch noch drei Informationsblätter zu den in meiner Stellungnahme angesprochenen Äußerungen des New Yorker Notenbankchefs Corrigan.

Stellungnahme zu den Bethmann-Anzeigen in der FAZ vom 8. November und 13. Dezember 1985 sowie zu den am 14. Januar 1986 veröffentlichten Leserzuschriften:

Die Währungs- und Wirtschaftssituation in der Welt bietet sicherlich genügend Anlaß zum Spekulieren, Theoretisieren und Dramatisieren. Für eine Versachlichung der Diskussion und ein besseres Erkennen der Gefahren wäre jedoch eine stärkere Befassung mit den Fakten wünschenswert, wobei die unseres eigenen Landes zur Veranschaulichung bereits genügen.

Verschuldung

Bei diesem Stichwort denken wir meist nur an die Verschuldung des Staates, während die Größe und Entwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtverschuldung (also diejenige der Unternehmen, des Staates und der Privathaushalte insgesamt) bei uns bislang kein Thema ist. Darum hierzu einige Angaben und Relationen:

- Die inländische Gesamtverschuldung in der Bundesrepublik ist von 66 Mrd. 1950 auf 3.131 Mrd. 1984 angestiegen, also auf das 47fache. Das Bruttosozialprodukt ist in der gleichen Zeit jedoch nun auf das 18fache angestiegen, nämlich von 98 Mrd. auf 1.750 Mrd.

Die Verschuldung hat also gut 2,5mal schneller zugenommen als die Leistungsgröße, aus der die Verschuldung mit Zins- und Tilgungszahlungen bedient werden muß.

- An der inländischen Gesamtverschuldung von 3.131 Mrd. 1984 waren die Privathaushalte mit 6 % beteiligt, die Unternehmen mit 71 % und der Staat mit 23 %. Die volkswirtschaftliche Gesamtverschuldung ist also 4,3mal größer als die der öffentlichen Haushalte.
- Die »reproduzierbaren Sachvermögen zu Wiederbeschaffungspreisen« (also die hauptsächliche Deckung der Verschuldung) sind von 229 Mrd. Ende 1950 auf 5.641 Mrd. Ende 1984 angestiegen, also auf das 25fache und damit deutlich langsamer als die Verschuldung. Bezieht man die Verschuldung auf diese Sachvermögensgröße, dann

lag der Verschuldungsgrad 1950 bei 29 %, 1970 bei 45 % und 1984 bei 56 %.

- Der New Yorker Notenbankchef Corrigan hat Ende 1985 auf die bedrohliche Entwicklung der Gesamtverschuldung in den USA hingewiesen. Demnach lag dort der Verschuldungsgrad 1981 beim 1,41fachen des Bruttosozialprodukts und 1985 bereits beim 1,61fachen der Leistungsgröße. Nach Meinung Corrigans werden in zehn Jahren jedem Dollar Leistung 2,25 Dollar Schulden gegenüberstehen. In der Bundesrepublik hatte die Gesamtverschuldung bereits 1975 das 1,4fache des Bruttosozialprodukts erreicht, und das 2,25fache dürfte bei uns schon in sechs bis sieben Jahren überschritten werden.

Geldvermögen

Leihen kann man nur von einem, der hat. Geldverschuldungen und Verschuldungszunahmen setzen also auf der anderen Seite entsprechende Geldvermögen und Vermögenszuwächse voraus. Auch dazu einige Größen und Relationen:

- Ähnlich wie die Schulden, sind auch die Geldvermögen seit 1950 gut 2,5mal schneller als die volkswirtschaftliche Leistung angestiegen, nämlich von 60 Mrd. auf 3.120Mrd. 1984. Alleine in den letzten vier Jahren sind die Geldvermögen um ein Drittel gestiegen. Vergleicht man die Geldvermögen mit den verfügbaren Einkommen, dann waren beide 1950 noch gleich groß. 1970 waren die Geldvermögen doppelt und 1984 fast dreimal so groß (3.120 Mrd. : 1.124 Mrd.).
- Der jährliche Geldvermögenszuwachs lag im Schnitt der letzten vier Jahre bei 196 Mrd. (tagtäglich also bei 536 Mio!), während der Zuwachs des Bruttosozialproduktes »nur« bei 66 Mrd. lag, also gerade einem Drittel. Die »Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand« nach dem 624-Mark-Gesetz würde – wenn alle abhängig Beschäftigten mitmachen würden – rund 14 Mrd. ergeben, also nur 7 % des gesamten jährlichen Geldvermögenszuwachses.
- Geldvermögen entstanden ursprünglich überwiegend aus ersparter, eigener Arbeitsleistung. Heute bilden sie sich überwiegend aus Zinseinnahmen und damit aus der Arbeit anderer. Außerdem stehen wachsenden Geldvermögen wachsende Verschuldungen gegenüber

und damit zunehmende Diskrepanz zwischen den Verschuldeten und den Geldgebern, oder krasser ausgedrückt: zwischen arm und reich.

- Wachsende Sachvermögen signalisieren im allgemeinen Wohlstandsanstieg. Wachsende Geldvermögen dagegen signalisieren Wohlstandsakkumulation und -konzentration bei einer Minderheit, der eine Verschuldung und Verarmung auf der anderen Seite gegenübersteht. Überproportional wachsende Geldvermögen sind also ein Destabilisierungsfaktor.

Schuldenzinsen

Zinsen sind der Leihpreis für Geld. Bei gleichbleibenden Zinssätzen wachsen sie im Gleichschritt mit den Schulden. Bei steigenden Zinssätzen wird ihr Anstieg zusätzlich beschleunigt. Beides spiegelt sich im Wachstum der gesamten Schuldenzinsen wieder:

- Setzt man für die Verschuldung 1950 einen Durchschnittssatz von 6 % an, für 1970 einen von 6,5 % und für 1984 einen von 7,5 %, dann ergibt sich ein Anstieg der Schuldenzinsen von 4 Mrd. über 55 Mrd. auf 235 Mrd. Die Schuldenzinslast wäre demnach auf etwa das 59fache angestiegen und damit fast 3,5mal schneller als das Bruttosozialprodukt, aus dem sie erwirtschaftet werden muß. ??
- Von der gesamten Schuldenzinslast wird nur ein Bruchteil von den Bürgern direkt getragen, nämlich etwa 15 %, vor allem für Konsumentenkredite und Eigenheimhypotheken. Das Gros der Schuldenzinslast wird über Preise, Steuern und Gebühren auf die Bürger bzw. Endverbraucher umgelegt. Pro Kopf ergibt sich 1984 eine rechnerische Schuldenzinsbelastung von 3.800 DM, pro Haushalt oder pro Beschäftigten in der Bundesrepublik ein Anteil von rund 9.400 DM.
- Vergleicht man die Schuldenzinslast mit den verfügbaren Haushaltseinkommen, dann lag sie 1950 bei 6 %, 1970 bei 13 % und 1984 bei 21 %. 1950 mußte also jeder Haushalt etwa 3 Wochen für die Schuldenzinsen arbeiten, 1970 etwa 7 Wochen und 1984 rund 11 Wochen, also fast ein Vierteljahr. Im Schnitt der letzten Jahre wurden täglich rund 600 Mio. Schuldenzinsen fällig. Dies ist der Gegenwert von

1.600 Einfamilienhäusern mit Grundstück, oder knapp das Fünffache der täglichen Verteidigungsausgaben. Die öffentlichen Kassen sind an diesen Zinszahlungen mit täglich 145 Mio. beteiligt, jährlich mit rund 53 Mrd. Der Betrag würde ausreichen, um allen Jugendlichen bis zu 15 Jahren ein zusätzliches monatliches Kindergeld von 425 DM zu zahlen.

- Werden die Schuldenzinsen nicht aus der laufenden Arbeitsleistung beglichen sondern durch Neuverschuldung, dann verschiebt sich der »Zahltag« für den Bürger nur auf »morgen« oder »über-morgen«. Dann aber sind zu den Zinsen auch noch die abgelaufenen Zinseszinsen zu zahlen, und das für eine Last, die einer exponentiellen Wachstumsentwicklung unterliegt.

Folgen und Folgerungen

Wenn sich ein Privatmann schneller verschuldet als sein Einkommen wächst, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Schuldendienst sein gesamtes Einkommen beansprucht und ihm nichts mehr gehört.

Natürlich ist es nur ein theoretisches Ende, da der Schuldner schon lange vorher verarmen und verhungern würde. Im gleichen Umfang aber wie der Schuldner – trotz Arbeit – immer ärmer wird, wird der Gläubiger – ohne Arbeit – immer reicher. »Löst« der Schuldner das Problem durch ständig höhere Neuverschuldung statt durch mehr Schuften und/oder Gürtel-enger-schnallen, eskalieren alle Schwierigkeiten.

Dies gilt genauso für jede Volkswirtschaft und jedes Land, keinesfalls nur für die Entwicklungsländer, bei denen wir im übrigen immer nur von den Auslandsschulden reden, niemals von der vielmals höheren Inlandsverschuldung und deren Folgen.

Während bei den Auslandsschulden der Zinstransfer die schon armen Länder immer ärmer und die reichen immer reicher macht, führt der Zinstransfer der Inlandverschuldung zu einer Diskrepanzzunahme zwischen den arbeitenden (ärmeren) Bevölkerungsmehrheiten und den besitzenden (reicheren) Minderheiten.

Die »Kassen mit Bedarf« (Dieter Suhr) werden dann immer mehr zur Kreditaufnahme gezwungen, während die »Kassen ohne Bedarf« durch den verstärkten Zinsrückfluß noch mehr überquellen.

Früher führten solche Entwicklungen zur Totalverarmung der Massen, zu Leibeigenschaft und Sklaverei, zu Revolten und Revolutionen. Heute

führt die Schuldeneskalation zu einer immer größeren Destabilisierung in und zwischen den Ländern, mit zunehmenden sozialen und politischen Spannungen.

In der Balance bleiben die Verhältnisse nur dann, wenn Geldvermögen und Verschuldung sich im Gleichschritt mit dem Leistungswachstum entwickeln. Entwickeln sie sich schneller (und das ist bei uns seit 35 Jahren deutlich der Fall), dann kann es nach mathematischen Gesetzmäßigkeiten nur eine Frage der Zeit sein, bis sich die Komplikationen zu Krisen und die Krisen zum Kollaps ausweiten. Als Rettung bleibt nur eine radikale »Vernichtung« von Geldvermögenssubstanzen durch Forderungsverzichte oder Inflation, wie jede Radikalkur nicht ohne neue Wunden und Überlebensgefahren.

Manche der Theorien oder Katastrophenbilder der crash-Warner mögen fragwürdig oder sogar falsch sein. Die hier dargelegten nachprüfbaren Fakten und Zahlen zeigen, daß ihre Warnungen grundsätzlich berechtigt, ja längst überfällig sind.

Editorische Notiz: Dieser Artikel war ein Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung und wurde daraufhin als Beitrag in der Zeitschrift »Fragen der Freiheit« abgedruckt (178/1986: 62–65).

Dieser Text von Helmut Creutz ist urheberrechtlich geschützt unter der CC-Lizenz BY-NC-SA 4.0.

